

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Bezugsbestimmern und an Postämtern erhältlich



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaft

Bezugspreis monatlich drei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 13 600. Dresdner Verlagsgesellschaft

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Anzeigen 20 RM. für die Anzeigenzeile an den Tagen der Expedition Dresden-Alt, Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Drahtanschluß: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 5. Januar 1928

Nummer 4

## Solidarität mit den Hüttenarbeitern!

### Vor der Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches für die sächsische Hüttenindustrie

### Die Ausperrung in Lauchhammer

Meja-Gröblich, 5. Januar.

In Gröblich ist das gesamte Werk geschlossen worden. Die Betriebsleitung läßt keinen Arbeiter in das Werk hinein. Die Belegschaft hat im Laufe des Dienstag ihre Papiere zugestellt erhalten. In Meja ist die Arbeiterchaft bereits im Besitz der Entlassungsbescheinigungen. Die Direktion legte Listen vor, die von den Arbeitern unterschrieben werden und sie sich damit verpflichten sollten, den Feindtag anzunehmen. Das Annehmen wurde von der Belegschaft einstimmig zurückgewiesen. Der Betrieb Meja wird noch notdürftig durch Meister und einige Stahlhelmer aufrechterhalten.

Die Stimmung der kämpfenden Arbeiter in den Lauchhammerwerken ist zuversichtlich und kampffreudig. Im Gröblicher Werk kommen etwa 2000 Hüttenarbeiter als Streikende in Frage. Die Teilausperrung im Mejaer Werk betrifft mehrere hundert Arbeiter. Die Arbeitsverhältnisse beim Mitteldeutschen Stahlwerk sind die erbärmlichsten, die es in der Hüttenindustrie überhaupt gibt. Das Lauchhammerwerk ist bekannt durch seine große Zahl von Betriebsunfällen. Das gleiche trifft auf die sächsische Gußstahlfabrik zu. Dort vergeht fast kein Tag, an dem nicht ein mehr oder weniger schwerer Unglücksfall passiert. Im Lauchhammerwerk, in der SOZ in Freital, im Stahlwerk Pirna und in der Magistillanstraße in Lichtentanne bei Zwickau, in denen insgesamt etwa 10 000 Arbeiter in Frage kommen, ist das Untereiswerk zur höchsten Höhe gelangt. Es ist bekannt, daß es in der sächsischen Hüttenindustrie infolge des Zweischichtensystems für sehr viele Arbeitergruppen nur wenige freie Sonntage gibt. Obwohl der Tarifvertrag für die sächsische Metallindustrie die 57stündige Arbeitszeit vorsieht, ist für das Gros der Hüttenarbeiter, insbesondere der in den Stahlwerken, an Martinösen und im Walzwerk beschäftigten Arbeiter, davon keine Rede; der 10- und 12-Stundentag, die 65- bis 70-stündige Arbeitswoche ist zur Regel geworden. Hinzu kommt, daß, wie in Lauchhammer und Gröblich, in Freital und Pirna und auch in Lichtentanne, eine große Anzahl Arbeiter 1 bis 2 Stunden Anmarsch von der Wohn- bis zur Arbeitsstätte haben, so daß diese Arbeiter praktisch täglich 14, ja sogar 16 Stunden unterwegs sind. Diese elenden Verhältnisse und dazu die jämmerliche Bezahlung haben unter der Arbeiterchaft ungeheure Erbitterung geschaffen. In Lauchhammer ist den Arbeitern endlich die Geduld gerissen. Unter der Losung:

8 Stunden — genug gesunden

haben die Belegschaften die Werkstätten verlassen, haben Schmelzöfen und Dampfhammer stehen lassen, befinden sich im Streik. Mit allen Mitteln wurde in Gröblich und Lauchhammer versucht, die Arbeiter zu spalten. Es ist der Direktion nicht gelungen, die Arbeiter vom Kampfe abzuhalten. Der Kampf der Hüttenarbeiter findet die vollste Sympathie der gesamten Arbeiterchaft. Bis in die Kreise des Kleinbürgertums ist die Berechtigung des Vorgehens der Arbeiter erkannt worden. Im gegenwärtigen Moment aber kommt es darauf an, daß dem Großkapital die geschlossene Front der Arbeiter entgegengesetzt wird. Die sächsischen Hüttenarbeiter müssen jetzt die praktischen Lehren aus den verlorenen Kämpfen um die Arbeitszeit im Jahre 1924 anwenden. Zehn Wochen lang standen damals die Arbeiter der sächsischen Gußstahlfabrik im isolierten Kampf. Lassen sie heute die Gröblicher und Lauchhammerarbeiter im Stich, muß auch dieser Kampf verloren gehen. Die Gewerkschaftsleitungen stehen dem Kampf noch immer passiv gegenüber. Sie lassen die Bewegung treiben. Wenn die Gewerkschaften ihre Pflicht in diesem Kampfe nicht erfüllen, wenn sie nicht sofort die Bewegung organisieren, ausbreiten und durch Einbeziehung der übrigen Werke die Schlagkraft der Arbeiter erhöhen, dann sind sie von vornherein schuldig an einer Niederlage der Arbeiter.

Inzwischen warten die Gewerkschaftsführer auf die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches, um damit die Bewegung in Sachsen abzutrocknen.

Der Reichsarbeitsminister Brauns hatte für gestern Schlichtungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium angeordnet, über deren Verlauf bis heute morgen noch nichts bekannt ist.

Konkret berichtet der heutige Morgen-Vorwärts, daß die Verhandlungen sich außerordentlich schwierig gestalten und da kaum auf eine Einigung zu rechnen sei, werde der Reichsarbeitsminister die Schiedsprüche zur Regelung der

Arbeitszeit und des Lohnausgleiches für verbindlich erklären. Die Reformisten erklären den Schiedspruch und die Verbindlichkeitserklärung, weil die Bestimmungen der Gewerbeordnung betr. Sonntagsruhe verletzt sind, für rechtswidrig und schieben damit die Verantwortlichkeit auf ein formaljuristisches Gleis, anstatt sofort die Belegschaften zur Verbreiterung des Kampfes zu mobilisieren und aus den Betrieben herauszunehmen.

### Kampfbereitschaft in der SOZ

Die Reformisten verhindern die Solidaritätsaktion

Arbeiterkorrespondenz

Am 1. Januar tagte eine Betriebsversammlung der sächsischen Gußstahlfabrik Freital. Dort wurde bekanntgegeben, daß die Direktion verlangt, die erste Schicht laut Schiedspruch Sonntag 19 Uhr steigen zu lassen, so daß die Arbeiterchaft bereits Sonntag 11 Uhr mit dem Beschicken der Martinösen beginnen müßte. Die Belegschaft des Stahlwerkes lehnte dies entschieden ab und ist nun bereit, 22 Uhr wie bisher mit dem Beschicken der Öfen zu beginnen. Die in Frage kommende Arbeiterchaft würde nach dem neuen System überhaupt keinen Sonntag mehr haben. Sie müßte den ersten Sonntag verschlafen, weil früh 8 Uhr die Arbeit erst zu Ende ist, am zweiten Sonntag von 11 bis 19 Uhr und am dritten Sonntag von 19 Uhr bis Montag früh 8 Uhr arbeiten. Der Antrag eines Kollegen, zu verlangen, sofortige Fällung mit Meja, Gröblich und Pirna herzustellen, wurde von dem Betriebsratsvorsitzenden und dem Verbandsangehörten mit allen Jünglingen und der Begründung abgelehnt, daß eine solche Verbindung bereits bestehe. Im übrigen wurde der Vorschlag des Betriebsrates angenommen,

bis 15. d. M. Gewehr bei Fuß zu bleiben, weil die Direktion sich bis dahin Dispens erwirkt habe.

Unter dem Druck der Arbeiter mühten am 2. Januar, 12 Uhr, im Betrieb die Vertrauensleute zusammenzubekommen, da die Meldung der Arbeiterstimme, daß das Mejaer Werk am Freitag geschlossen haben, nach 8 Stunden den Betrieb zu verlassen, wie eine Bombe eingeschlagen hatte. Die Arbeiterchaft war insbesondere schon deshalb beunruhigt, weil die Direktoren dieser 4 Werke am Sonntag eine gemeinsame Sitzung hatten, aber die Belegschaft der sächsischen Gußstahlfabrik in der Betriebsratsversammlung am Sonntag kein Sterbenswörtchen davon erfuhr. Der Betriebsratsvorsitzende Fahlg (SOZ) erklärte diese Meldung glattweg als Schwindelmeldung, mühte sich aber von sämtlichen Rednern belächeln lassen, daß eine derartige Aktion wie in Meja und Gröblich ohne Verbindlichkeit der Werkleitungen nicht denkbar ist. Seine eigenen SOZ-Parteigenossen stellten dort fest, daß die Freitaler und die Dresdner Volkszeitung doch etwas zu plump schwindeln. Als Stahlhelm übergetreten, solche Kindermärchen glaube doch heute kein Mensch mehr, ufm.

Sämtliche Redner erkannten den Bankrott der Gewerkschaftskritiker und des Schlichtungsgewindels an, ja, SOZ-Genossen gebrauchen wiederholt den Ausbruch: „Sackgasse“. Im übrigen aber wurde die Gewehr-bei-Fuß-Parole bis zur Verbindlichkeitserklärung beibehalten. Heute Donnerstag findet eine weitere Vertrauensmännerziehung statt.

Die sächsische Gußstahlfabrik AG. gehört ebenfalls wie die Werke in Gröblich und Lauchhammer der Mitteldeutschen Stahlhandelsengesellschaft, einem der bedeutendsten Konzerne an. Es ist jetzt die Aufgabe der Gußstahlhüttenarbeiter, sofort aktive Solidarität mit den Hüttenarbeitern von Gröblich und Lauchhammer zu üben, um damit eine Niederlage wie die im Jahre 1924 durch den isolierten Kampf der Gußstahlhüttenarbeiter zu vermeiden.

## SOZ und Wahlrechtsraub

R.R. Koch in der Neujahrnummer der Dresdner Volkszeitung gebürdet sich der Pressesoldat Edel so, als wenn die SOZ gegen den Wahlrechtsraub aufzutreten wolle. Edel schrieb dort:

Wenn Herr Schied, der Präsident des Rechnungshofes, als Weihnachtsgabe keine Sparpapiere in verhandelt, die als Vermögensreform deklarierter, so war auch seiner Weisheit Schluß die Forderung nach einer starken Regierung, nach Kollektivismus für sie und freiwilligem Verzicht des Landbesitzes. Wie herrlich könnte eine unkontrollierte Regierung sparen — auf Kosten der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterchaft und des politischen Fortschritts! Die Sozialdemokratie aber kämpft für den politischen Fortschritt, die Wahrnehmung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung ist ihr oberstes Gebot. Deshalb steht die sächsische Sozialdemokratie in schärfster Kampfbereitschaft zur Regierung der Parteien des Großbürgerblocks! Und die Entwicklung wird uns den Sieg des Sozialismus bringen!

Hier verkündet Edel „schärfsten Kampf“ gegen die Verschlechterung des Wahlrechts. Diese Verkündung war natürlich so wie alle dieser „Innen“ Rauschreden, praktisch ohne Bedeutung. In der gestrigen Nummer der Volkszeitung wird nun ein Artikel Bernsteins abgedruckt, in dem gezeigt wird, daß die SOZ in der Frage des Wahlrechtsraubes vollständig auf der Seite der Kapitalisten steht. Eduard Bernstein, der Mummelgrels und Vater des Revisionismus, begründet auf sozialdemokratische Art die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen den Parlamentarismus. Das Organ der Republik, der Reichstag, müßte ein leistungsfähiges Organ sein. Leistungsfähig natürlich für die Interessen der Bourgeoisie. Wenn der Reichstag nicht leistungsfähig sei, dann könne sich ähnliches vollziehen wie in Italien. Das ist die Gesamtmelodie, die von den Sozialdemokraten gesungen wird. Zum Beweise müssen alle Staatsrechtler-erscheinungen herhalten, die es je gegeben. Der Staatsrechtler Russolinis, der 18. Brumaire, Napoleons II. am 8. November 1799, der Staatsrechtler Louis Bonapartes vom 2. Dezember 1851. So geht es, erklärt Bernstein, wenn das Parlament sein Ansehen verliert.

Diese Melodie ist aber bekannt. Seit 1918, ja seit Beginn des Krieges, eigentlich schon vor dem Kriege singt die SOZ diese Melodie. Wurde vor dem Kriege eine Kundgebung verboten, die SOZ wich zurück. Bei Beginn des Krieges erklärte man die Notwendigkeit der Unterwerfung unter die Kriegsmaschine damit, daß laßt die Partei und ihre Organe verbieten und aufgelöst werden. In der Revolutionsbewegung von 1918 schrien die Sozialdemokraten: Nur keinen Kampf, keine Parteitagen, sonst werden die Faschisten gestärkt. Demagogisch erklärten die Sozialdemokraten, die Entschagung des Faschismus sei eine Folge des Bolschewismus.

Praktisch bedeutet diese immer wiederkehrende Melodie: die SOZ fordert von der Arbeiterchaft die freiwillige Unterwerfung unter die Diktatur des Kapitalismus, dann braucht sie keinen Kampf. Stillschweigen nachgeben, damit keine offene Kampfstellung des Bürgertums eintritt. Was bedeutet diese Politik der SOZ anderes, als systematische Unterfällung der Kapitalisten? Durch diese Politik liefert die SOZ die Arbeiter an die Kapitalisten aus. Diese Haltung ist die praktische Konsequenz der SOZ-Politik, die mit dem Bürgertum zusammensteht, die Politik des Neudeutschen Imperialismus vertritt. Sei der Gebundenheit der SOZ mit den Kapitalisten ist es klar, daß sie auch in der Frage des Wahlrechtsraubes die Forderungen der Bourgeoisie vertritt.

Es ist auch kein Zufall, daß Eduard Bernstein zum Propagandisten dieser Politik, dieses neuesten Schandstückes herangezogen wird.

Bernstein und Koste sind zwei politische Wahrzeichen für die Richtung, die die SOZ steuert. Wie die Kandidatur Koste's, so zeigt auch der Artikel Bernsteins, daß die SOZ dem Bürgertum beweist, daß sie reich ist für eine neue Koalitionspolitik.

Eine wirkliche Demokratie sei nicht möglich ohne eine demokratisch gewählte Volksvertretung, erklärt Bernstein. Dann erklärt er, daß alle Parlamente ihre Fehler haben. Aber ein gesunder Parlamentarismus sei möglich. Als Voraussetzung hierzu fordert Bernstein, daß keine Zunderung durch politische Parteien, die bestimmte Grundzüge des Verfassungswesens, des Rechts, der Volkswirtschaft, der sozialen Einrichtungen und der Bürgerpolitik verfechten und zum mindesten in ihrer Mehrheit auf seinem Boden stehen, erfolge.

Nun haben wir bisher noch nicht gehört, daß insbesondere die Kleinbürgerlichen Splitterparteien, gegen die sich Bernstein wendet, nicht auf diesem Boden stehen. Wenn diese Worte also einen Sinn haben, dann kann Bernstein nur meinen, daß es notwendig ist, daß im Parlament solche Parteien vertreten sein können, die die Prinzipien und Grundzüge der herrschenden Schwerindustrie vertreten.

Die Schwächung des Parlaments erfolge durch die weitgehende Zerlegung der politischen Parteien, oder durch starkes Umschlagen der Splitterparteien. Hier entküpft Bernstein seinen Hock gegen die Kommunisten. Er verkriecht sich aber hinter dieselben Argumente, die von den Bürgerblockparteien benutzt werden: Kampf gegen die Splitterparteien.

Diese Splitterparteien sind aber nicht entstanden, weil sie keine bestimmten Grundzüge des Verfassungswesens, des Rechts, der Volkswirtschaft und der sozialen Einrichtungen der Bürgerpolitik vertreten, sondern weil der Zerfall des Kapitalismus